



# Leerstand wird zum Massenphänomen

**Wohnungsmarkt.** Verwaiste Häuser hier – lange Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen dort: In Städten wie München und Hamburg ist Wohnraum knapp, begehrt und somit teuer. Auf dem Land dagegen stehen viele Wohnungen und Häuser leer. Da der demografische Wandel diesen Trend verstärkt, stehen die betroffenen Kommunen vor ganz neuen, schwierigen Herausforderungen.

Den Prognosen zufolge wird die Zahl der Einwohner in der Bundesrepublik in den kommenden Jahrzehnten deutlich zurückgehen. Bei einer Nettozuwanderung – die Dif-

ferenz aus Zu- und Abwanderung – von 100.000 Personen und einer Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau werden im Jahr 2060 lediglich noch knapp 65 Millionen Menschen

in Deutschland leben. Das ist über ein Fünftel weniger als heute.

Die Entwicklung verläuft allerdings regional recht unterschiedlich:

**Nur die Bundesländer Hamburg, Berlin, Bremen und Bayern werden 2030 mehr Einwohner haben als heute, alle anderen verlieren Einwohner – die ostdeutschen und das Saarland sogar bis zu 20 Prozent.**

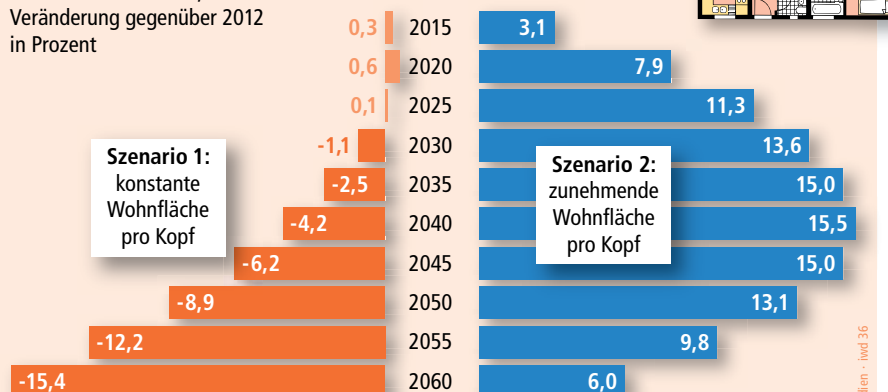
Zudem werden die Städte immer beliebter: Die jungen Leute schätzen sie, weil sie dort mobiler sind und bessere Ausbildungs- und Jobchancen haben. Für ältere Menschen sind die Städte attraktiv, weil sie dort mehr Freizeiteinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Kulturangebote vorfinden.

Der Run auf die Großstädte wird das Überangebot an freien Wohnungen in den ländlichen Regionen noch verstärken – wie stark, hängt vom Pro-Kopf-Wohnkonsum ab:

**Laut Statistischem Bundesamt wohnte der durchschnittliche, allein lebende Deutsche 2002 noch auf knapp 68 Quadratmetern; 2012 waren es nahezu 70 Quadratmeter. →**

## Wohnraum in Deutschland – zwei Szenarien

Wohnflächennachfrage in Deutschland bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Personen, Veränderung gegenüber 2012 in Prozent



Nettozuwanderung: Einwanderung minus Auswanderung; Wohnfläche: Anzahl der Quadratmeter, die einer Person zur Verfügung stehen – sie variiert in der Regel mit dem Einkommen und dem Alter; zunehmende Wohnfläche: die Wohnflächennachfrage pro Kopf steigt bis 2060 noch um knapp 27 Prozent; Quelle: IW Köln

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 36

## Inhalt

**Ägypten.** Seit den Auseinandersetzungen bleiben die Touristen fern. Aber der Tourismus ist nicht der einzige Wirtschaftsbereich, der unter den politischen Tumulten leidet.  
Seite 3

**Jugendarbeitslosigkeit in Europa.** Um wieder mehr Jugendliche in den europäischen Krisenländern in Arbeit zu bringen, hat die EU-Kommission eine Reihe von Initiativen gestartet.  
Seite 4-5

**Parallelwährungen.** Als Allheilmittel in der Eurokrise schlagen viele Ökonomen die Einführung von Parallelwährungen vor. Diese Idee würde in der Praxis jedoch scheitern.  
Seite 6-7

**Niedriglohnssektor.** Die Expansion der Niedriglohnbeschäftigung ist mit einer höheren Erwerbstätigkeit insgesamt einhergegangen.  
Seite 8

Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ Nach Analysen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ist der Wohnflächenkonsum – die Anzahl der Quadratmeter, die einer Person in Abhängigkeit von Alter und Einkommen zur Verfügung steht – über alle Altersgruppen hinweg zwischen 1995 und 2011 um 21 Prozent gestiegen. Dies liegt daran, dass immer mehr Menschen allein leben und in Relation zu Mehr-Personen-Haushalten mehr Quadratmeter beanspruchen; zudem ist der Lebensstandard gestiegen.

Dieser Trend wird sich aber so nicht fortsetzen. Denn die Wohnfläche pro Kopf lässt sich realistisch betrachtet nicht beliebig ausweiten – und große Wohnungen verursachen auch höhere Energiekosten.

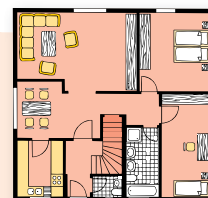
Vor diesem Hintergrund unterscheidet das IW Köln für die kommenden Jahrzehnte zwei Szenarien:

- **Szenario 1** orientiert sich am aktuellen Stand, das bedeutet, die Wohnfläche pro Kopf bleibt nahezu konstant. In diesem Fall würde die Nachfrage nach Wohnfläche nur noch bis 2020 steigen – und zwar um magere 0,6 Prozent (Grafik Seite 1). Das entspricht einer Nachfrage von jährlich 25.000 neuen Wohnungen.
- **Szenario 2** geht davon aus, dass die Deutschen in Zukunft in größeren Wohnungen leben wollen, also wird die Wohnfläche pro Kopf weiter zunehmen. Dann steigt die Nachfrage bis 2040 um insgesamt fast 16 Prozent – demnach würden jährlich rund 150.000 neue Wohnungen zusätzlich benötigt.

Diese bundesdeutschen Gesamtzahlen schlagen sich allerdings in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich nieder. Wie, das zeigt eine Berechnung des IW Köln für alle 402 Landkreise und kreisfreien Städte bis 2030. Mit dem stärksten Zu-

## Eine Frage der Region

### Kreise und Städte, in denen eine steigende Wohnflächennachfrage erwartet wird



Top 5	Veränderung 2030 gegenüber 2012 in Prozent (Szenario 1)	Veränderung 2030 gegenüber 2012 in Prozent (Szenario 2)	Bevölkerung 2011 in 1.000	Leerstandsquote 2011 in Prozent
Landkreis Erding (Bayern)	15,8	35,3	125,7	3,0
Landkreis Ebersberg (Bayern)	14,5	33,7	127,6	2,5
Landkreis Dachau (Bayern)	13,8	32,9	138,7	2,9
Landkreis Freising (Bayern)	13,6	32,7	162,8	2,8
München (Bayern)	13,5	32,5	1.348,3	2,1

### Kreise und Städte, in denen eine sinkende Wohnflächennachfrage erwartet wird

Landkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt)	-23,5	-10,6	147,9	7,8
Landkreis Altenburger Land (Thüringen)	-22,7	-9,7	96,7	12,1
Suhl (Thüringen)	-22,6	-9,8	37,0	8,2
Landkreis Salzlandkreis (Sachsen-Anhalt)	-21,9	-8,8	205,5	10,2
Landkreis Anhalt-Bitterfeld (Sachsen-Anhalt)	-21,7	-8,5	172,1	9,1

### Ausgewählte Großstädte

Hamburg	7,1	25,1	1.706,7	1,6
Frankfurt am Main	6,8	24,7	667,9	2,6
Berlin	6,4	24,3	3.292,4	3,5
Stuttgart	3,0	20,2	585,9	3,7
Dortmund	-4,4	11,6	571,1	3,9

Szenario 1: konstanter Wohnflächenkonsum pro Kopf, Szenario 2: zunehmender Wohnflächenkonsum pro Kopf; Quellen: IW Köln, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 36

wachs an Wohnflächennachfrage müssen demnach erstaunlicherweise nicht Großstädte wie Berlin oder Hamburg rechnen, sondern das Umland von München (Grafik).

**Der größte Leerstand droht in Ostdeutschland. Mancherorts wird 2030 jede fünfte Wohnung überflüssig sein.**

Allerdings wird es auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen viele verwaiste Wohnungen geben. So wird für den Kreis Salzgitter beispielsweise ein Nachfragerückgang von 17 Prozent erwartet, für Remscheid ein Rückgang von knapp 14 Prozent.

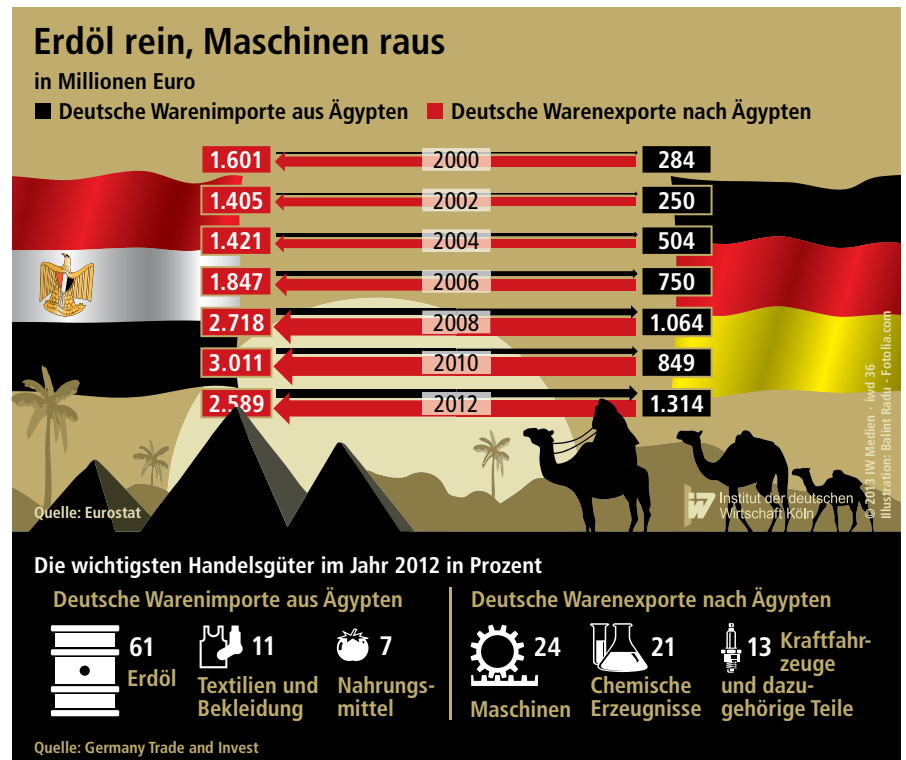
# Unruhen belasten auch die Wirtschaft

**Ägypten.** Seit die gewalttätigen Auseinandersetzungen durch den Sturz von Präsident Mohammed Mursi erneut entflammt sind, bleiben die Touristen fern: Die ägyptischen Hotels sind leer, die Strände verwaist. Doch der Tourismus ist nicht der einzige Wirtschaftsbereich, der unter den politischen Tumulten leidet.

Nach einer kurzen Erholung im Jahr 2012 ist der ägyptische Tourismus nun wieder eingebrochen. Für Ägypten ist dies ein wichtiger Handelszweig – laut Deutsch-Arabischer Industrie- und Handelskammer hängt immerhin jeder achte Arbeitsplatz vom Tourismussektor ab.

Besonders wichtig für die Branche sind die Besucher aus Deutschland: Im Jahr 2012 kamen fast 1,2 Millionen Menschen aus der Bundesrepublik. Sie trugen ein Zehntel zum gesamten Umsatz der ägyptischen Tourismusbranche bei. Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres fuhrten knapp 0,6 Millionen Deutsche in den Urlaub nach Ägypten. Nach der Reisewarnung des Auswärtigen Amts werden viele Touristen die Reise nicht antreten.

Auch in anderen Wirtschaftsbereichen haben sich die deutsch-ägyptischen Handelsbeziehungen in den vergangenen Jahren intensiviert. Zwar gingen 2012 nur 0,2 Prozent der deutschen Ausfuhren nach Ägypten und nur 0,1 Prozent der deutschen Importe kamen von dort. Die Handelsumsätze sind in den vergangenen Jahren aber mit zweistelligen Wachstumsraten gestiegen und haben Ägypten nach den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-



Arabien und Libyen zum wichtigsten deutschen Handelspartner aus dem nordafrikanisch-arabischen Raum gemacht.

Deutschland exportiert vor allem Maschinen, chemische Erzeugnisse und Kraftfahrzeuge nach Ägypten; die Importe bestehen hauptsächlich aus Erdöl, Textilien und Bekleidung sowie Nahrungsmitteln (Grafik).

Aus ägyptischer Sicht ist Deutschland nach China und den USA der drittgrößte Handelspartner: 6,7 Prozent der ägyptischen Importe kamen 2012 aus der Bundesrepublik. Umgekehrt gingen 2,2 Prozent der ägyptischen Exporte nach Deutschland.

Auch als Investitionsziel hat Ägypten zuletzt an Bedeutung gewonnen. Die deutschen Direktinvestitionen in Ägypten haben sich von 2000 bis 2011 mehr als verdreifacht.

**Dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag zufolge sind 80**

**deutsche Unternehmen in Ägypten vertreten. Insgesamt beschäftigen sie vor Ort rund 24.000 Mitarbeiter.**

Derzeit ist aber an einen normalen Betriebsalltag nicht zu denken: Wegen der Ausschreitungen haben viele Unternehmen ihre Produktion gestoppt und ihre Mitarbeiter in den Urlaub geschickt.

Internationale Unternehmen wie Metro, General Motors und Electrolux haben Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. In vielen Fällen können Mitarbeiter selbst entscheiden, ob sie zur Arbeit kommen oder von Hause aus arbeiten – das gilt zumindest für die Beschäftigten in Kairo. Andere Unternehmen haben ihren Mitarbeitern ein Reiseverbot erteilt. Noch ist ein Rückzug ausländischer Betriebe nicht in Sicht. Doch entscheidend ist, dass die Lage in Ägypten nicht weiter eskaliert und sich möglichst schnell wieder beruhigt.

# Milliardenschwerer Aktionismus

**Jugendarbeitslosigkeit in Europa.** Vor allem in den europäischen Krisenländern finden Millionen junger Leute keinen Job. Das will die Europäische Kommission nun ändern und hat deshalb eine Reihe von Initiativen gestartet, die mehrere Milliarden Euro kosten werden. Ob das den Jugendlichen langfristig wirklich hilft, ist allerdings zweifelhaft.

Kaum aus der Schule, schon chancenlos: Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist eines der drängendsten Probleme in Europa. Besonders betroffen sind die südlichen Länder, allen voran Griechenland, wo gut jeder vierte 15- bis 24-Jährige auf der Straße steht (Grafik). In Spanien und Italien findet jeder fünfte Jugendliche weder Ausbildung noch Arbeit, auch Portugal, Irland und Ungarn melden Anteile von 15 Prozent und mehr.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit zermürbt nicht nur eine ganze Generation, sie zieht auch enormen volkswirtschaftlichen Schaden nach sich: Dadurch, dass Millionen jun-

ger Menschen in Europa weder arbeiten noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren oder studieren, büßte die Wirtschaft 2011 rund 153 Milliarden Euro ein – das entspricht 1,2 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts.

Um dieser Misere etwas entgegenzusetzen, hat die Europäische Kommission – unterstützt von Deutschland – in den vergangenen Monaten eine Reihe von Initiativen gestartet, für die sie bis 2015 insgesamt 6 Milliarden Euro aus dem Haushalt lockermachen will:

- **Die Jugendgarantie** soll dafür sorgen, dass in den EU-Staaten junge Menschen nie länger als vier Monate

ohne Job, Ausbildung oder Trainingsmaßnahme sind.

- **Die Europäische Ausbildungsallianz** soll nach den Vorstellungen der EU-Kommission zusammen mit den Sozialpartnern die Qualität der Berufsbildung in ganz Europa verbessern und das Angebot an Ausbildungsplätzen vergrößern.

- **Strategische Partnerschaften** sollen den länderübergreifenden Austausch von Best-Practice-Beispielen fördern. So hat Deutschland bereits mit Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Lettland bilaterale Vereinbarungen getroffen, um den jeweiligen Ländern bei der Stärkung betrieblicher Berufsausbildungselemente unter die Arme zu greifen.

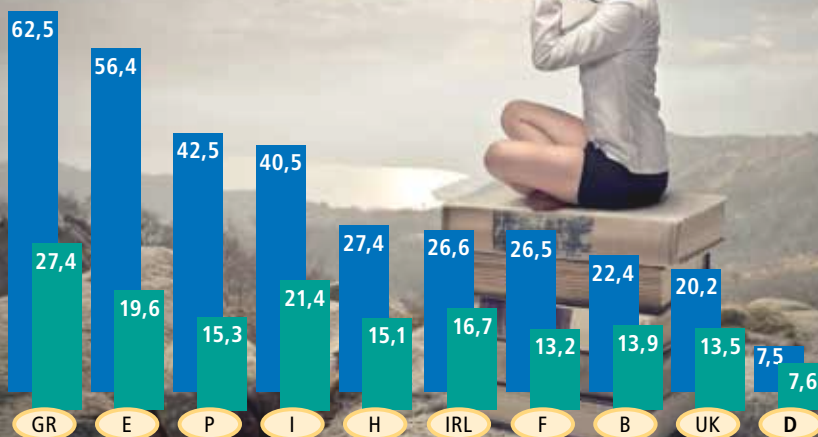
- **Spezielle Mobilitätsprogramme** unterstützen Jugendliche, die wegen einer Ausbildung oder eines Jobs ins Ausland umziehen möchten. Die Bundesrepublik beispielsweise hat

## Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Eine Frage der Abgrenzung

Anteil der arbeitslosen Jugendlichen ... in Prozent

■ ... an allen arbeitslosen und beschäftigten 15- bis 24-Jährigen (offizielle Arbeitslosenquote)

■ ... an allen 15- bis 24-Jährigen

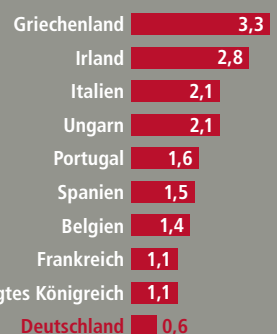


Stand: April 2013 bzw. viertes Quartal 2012; an allen 15- bis 24-Jährigen: einschließlich derjenigen, die sich noch in der Schule oder in der Ausbildung befinden; Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Kosten der Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit verursachte 2011 Kosten in Höhe von so viel Prozent des Bruttoinlandsprodukts – zum Beispiel aufgrund von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, Produktivitätseinbußen, entgangenen Einkommenssteuern und entgangenen Beiträgen zu den Sozialkassen



Quelle: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen



das Programm MobiPro-EU ins Leben gerufen, das 140 Millionen Euro für Sprachkurse, Umzugsbeihilfen und Reisekostenzuschüsse für junge Leute zur Verfügung stellt, die wegen einer Ausbildung nach Deutschland übersiedeln möchten.

All diese ambitionierten Vorhaben sind gut gemeint und mögen so manchem Jugendlichen zumindest kurzfristig eine Perspektive verschaffen – die Ursachen der hohen Jugendarbeitslosigkeit werden dadurch aber nicht beseitigt. Dass in Griechenland, Spanien oder Portugal so viele Schulabgänger beruflich auf der Strecke bleiben, ist in erster Linie auf die schlechte Verfassung der dortigen Arbeitsmärkte zurückzuführen. Tatsächlich sind in den Euro-Krisenstaaten nicht nur viele Jugendliche erwerbslos, sondern auch viele Erwachsene:

**In Griechenland stieg die Arbeitslosenquote der jungen Menschen zwischen 2010 und 2012 von 33 Prozent auf 55 Prozent, insgesamt schnellte die Arbeitslosenquote von 13 auf 24 Prozent nach oben.**

Dass es an Jobs mangelt, hängt hauptsächlich mit der schwachen wirtschaftlichen Dynamik vieler Krisenländer zusammen. In einigen Ländern kommt noch hinzu, dass der Arbeitsmarkt stark reguliert ist und junge Neueinsteiger kaum eine Chance haben, da Unternehmen wegen des rigiden Kündigungsschutzes vor Einstellungen zurückschrecken.

Deshalb besteht die Gefahr, dass die diversen Programme zwar vielen jungen Leuten den Berufseinstieg ermöglichen – doch nach Ablauf der Förderung könnten sie genauso schnell wieder arbeitslos sein. Schlimmstenfalls drängt die Subven-

tionierung der Jüngeren sogar andere Personengruppen, etwa ältere Arbeitnehmer, vom Arbeitsmarkt.

Fraglich ist ferner, ob Länder mit verkrusteten Verwaltungsstrukturen diese Programme überhaupt umsetzen können; möglicherweise blähen die Angebote den bürokratischen Apparat sogar noch weiter auf.

Auch die Implementierung von Elementen eines dualen Ausbildungssystems nach deutschem Vorbild ist nicht ohne weiteres möglich. Zum einen braucht es Zeit, Strukturen für eine erfolgreiche Berufsausbildung zu schaffen – vor allem, wenn sich Staat, Sozialpartner, Berufsschulen und Unternehmen gemeinsam einbringen sollen. Zum anderen fehlt in vielen südeuropäischen Ländern ein starker Mittelstand, der das Rückgrat der dualen Ausbildung bildet.

## Eine Chance für Hartz-IV-Empfänger

**Hartz-IV-Arbeitslose.** Die Jobcenter können heute mehr Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten einen Job vermitteln als früher. Dafür ist nicht zuletzt der sich abzeichnende Fachkräftemangel verantwortlich.

Wer arbeitslos ist und in den vergangenen zwei Jahren mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, erhält von der örtlichen Arbeitsagentur Arbeitslosengeld. Wer keinen Anspruch auf Arbeitslo-

sengeld hat, kann beim Jobcenter Arbeitslosengeld II beantragen. Das Jobcenter wird gemeinsam von Arbeitsagentur und Kommune betrieben.

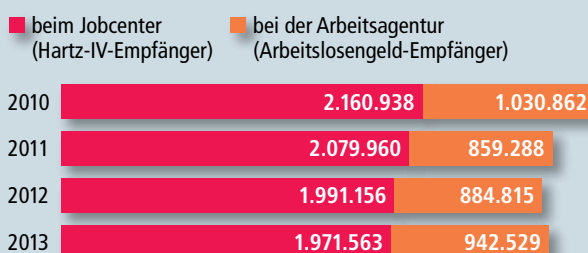
Zwei Drittel aller Arbeitslosen werden von Jobcentern betreut, sind also Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) – oder volkstümlich: Hartz IV.

Die ALG-II-Bezieher gehören überdurchschnittlich häufig zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes:

- 46 Prozent sind ein Jahr oder länger ohne Job (Empfänger des regulären Arbeitslosengeldes: 14 Prozent).
- 53 Prozent haben keine abgeschlossene Berufsausbildung (23 Prozent).
- 18 Prozent haben keinen Schulabschluss (3 Prozent).

Lange Zeit hatten Hartz-IV-Arbeitslose schlechte Karten, wenn sie einen Job suchten. Unternehmen geben neuerdings auch Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten eine Chance – auch, weil andere Bewerber fehlen (Grafik). Hinzu kommt: Im Jahr 2012 fanden 731.000 Hartz-IV-Arbeitslose einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt, umgekehrt kamen jedoch nur 640.000 Arbeitnehmer aus dem ersten Arbeitsmarkt neu in die Kartei der Jobcenter.

### Gemeldete Arbeitslose



Jeweils Juli; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw-d 36

# Keine wirkliche Alternative

**Parallelwährungen.** Angesichts der Eurokrise schlagen viele Ökonomen die Einführung von Parallelwährungen als Allheilmittel vor. Was sich in der Theorie noch verlockend anhört, würde in der Praxis allerdings scheitern.

Theoretisch bietet eine Parallelwährung viele Vorteile. Zum Beispiel ließe sich die griechische Wettbewerbsfähigkeit schlagartig verbessern: Der „G-Euro“ würde bei flexiblen Wechselkursen sofort um 25 bis 40 Prozent gegenüber dem Euro abwerten und die griechischen Real-löhne auf ein angemessenes Niveau drücken. Zudem ließen Parallelwährungen zu, dass Staaten ihr eigenes Tempo und ihre eigenen Wege gehen.

Dass man mit einem solchen Coup die Lage der Eurozone im Handumdrehen verbessern kann, dürfte sich indes als Illusion erweisen. Denn bei der Einführung einer Parallelwährung müssten viele wirtschaftspolitische Grundsätze über Bord geworfen werden: die EU-Binnenmarktprinzipien, eine freiheitliche Wirtschaftsordnung und die Funktionsfähigkeit des Geldes. Das machen zwei Beispiele deutlich:

**1. Kapitalverkehrskontrollen.** Die bloße Ankündigung einer Parallelwährung würde ohne die Beschränkung des Geld- und Wertpapiertransfers eine massive Kapitalflucht auslösen. Die vermeintlich schwächere Währung hätte so keine Chance, sich am Markt durchzusetzen und verlöre binnen Tagen ihre Existenzberechtigung, weil Sparer und Investoren einen massiven Vermögensverlust befürchten.

**2. Annahmepflicht.** Wenn zum Beispiel die Griechen nicht gezwungen würden, den Euro zu einem festen Wechselkurs in den „G-Euro“ umzutauschen, setzte sich die stabilere Währung – der Euro – als Wertaufbewahrungsmittel und schließlich als Zahlungsmittel durch. Denn wer tauscht schon Euro in „G-Euro“ um, wenn dessen Wert sinkt.

Aber selbst wenn sich Krisenländer auf eine Parallelwährung einlie-

ßen, würde das ihre grundsätzlichen Probleme nicht lösen:

- **Wettbewerbsfähigkeit.** Kurzfristig verbessern sich die Exportchancen durch die abgewertete Währung zwar. Der Aufbau einer Exportindustrie mit marktfähigen Produkten dauert aber Jahre, und um Investoren anzuziehen, müssen erst wichtige Voraussetzungen erfüllt sein – ein stabiler Geldwert, grundlegende Reformen und Marktöffnungen.

- **Schuldendienst.** Alle noch bestehenden Verbindlichkeiten in Euro treiben „G-Euro“-Besitzer in die Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit. Die Folgen: Es gibt massenhaft Insolvenzen, das Investitionsklima verschlechtert sich und die ausländische Kreditvergabe an „G-Euro“-Besitzer würde zurückgefahren oder gar eingestellt.

Wenn die Schulden nicht mehr zurückgezahlt werden können, bekommen fragile Banken Probleme – sie werden insolvent und müssen durch den Staat gerettet werden. Die Staatsverschuldung steigt erneut.

## Lohnstückkosten: Fast alle Krisenländer wettbewerbsfähiger

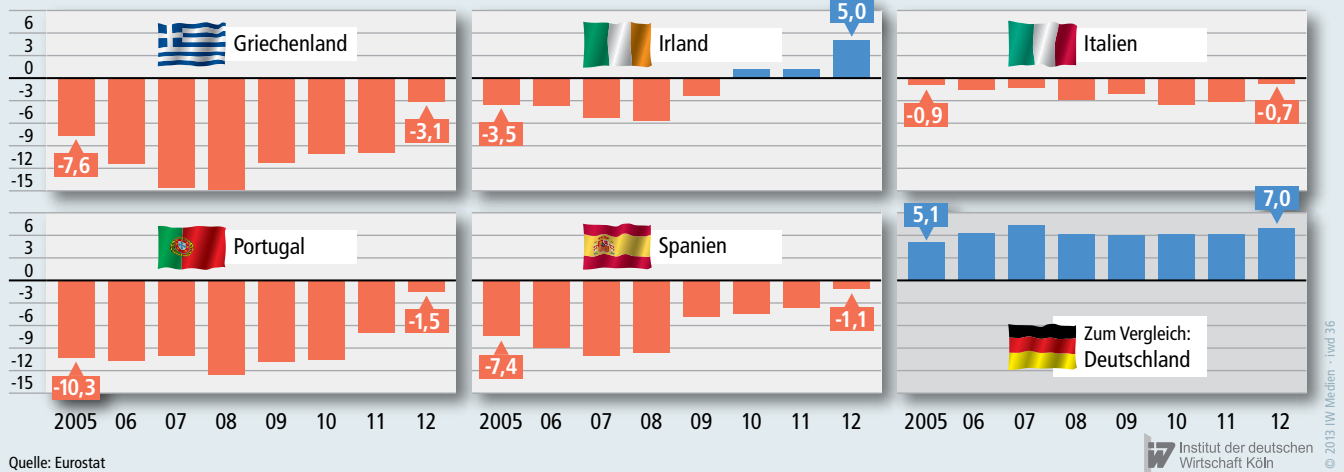
Nominale Lohnstückkosten

Land	2005	2014
Griechenland	100	95,5
Irland	100	97,9
Italien	100	118,5
Portugal	100	104,4
Spanien	100	106,3
Zum Vergleich: Deutschland	100	112,2

2013 und 2014: Prognose, Griechenland: ab 2008 vorläufig bzw. Prognose; Quelle: Eurostat

## Leistungsbilanzen: Krisenländer verbessern sich

Leistungsbilanzsaldo für Waren und Dienstleistungen  
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



• **Vertrauen.** Der Gemeinschaftswährung Euro wird – bei allen Schwierigkeiten der dahinterstehenden Institutionen – viel Vertrauen entgegengebracht, meist mehr als der nationalen Wirtschaftspolitik. Diesen institutionellen Rahmen muss ein Land mit einer Parallelwäh-

rung erst einmal entwickeln. Überdies wird die Bevölkerung in den Krisenländern den Euro nur ungern gegen eine Parallelwährung eintauschen wollen. Denn als gesetzliches Zahlungsmittel erfüllt er alle drei Aufgaben einer Währung, also die Zahlungsmittel-, die Wertaufbewah-

rungs- und die Wertmessfunktion. Parallelwährungen dagegen entstehen gerade deshalb, weil eine Währung mindestens eine dieser Funktionen nicht mehr erfüllt.

Und: Auch ohne Parallelwährung bessert sich die Wettbewerbsfähigkeit derzeit vielerorts (Grafiken).

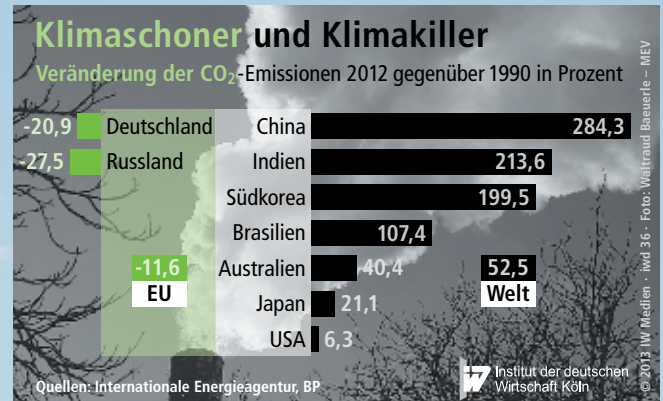
## Der Preis des Klimaschutzes

**CO<sub>2</sub>-Emissionen.** Die deutsche Stahlindustrie hat aufgrund des strengen Emissionshandels in der Europäischen Union Wettbewerbsnachteile gegenüber Nicht-EU-Ländern.

Noch ist das System der EU weltweit einzigartig (Kasten), inzwischen arbeiten aber auch andere Länder an ähnlichen Systemen, um CO<sub>2</sub>-Emissionen einzudämmen (Grafik). Wie weit diese fortgeschritten sind, hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult (IW Consult) im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung Stahl und der Industriegewerkschaft Metall untersucht.

In China, Indien, Japan, Russland, Australien, Südkorea, Brasilien und den USA – die zusammen mit der EU 87 Prozent der weltweiten Stahlproduktion ausmachen – steckt der Emissionshandel noch größtenteils in den Kinderschuhen.

Nur Australien und Südkorea bauen verbindliche landesweite Systeme auf, wobei die Zertifikate für die Stahlindustrie kostenfrei und die Reduktionsanforderungen geringer sind als in der EU.



In den USA ist die Entwicklung eines Systems ins Stocken geraten. In Japan ist die Teilnahme freiwillig. In China und Brasilien gibt es lediglich einzelne Pilotprojekte.

### Emissionsrechtehandel

Unternehmen in der EU müssen für jede Tonne CO<sub>2</sub>, die bei der Produktion entsteht, ein Emissionszertifikat nachweisen. Über die Anzahl der Zertifikate legt die EU also die Menge an Treibhausgasen fest. Energieintensive Branchen, die im internationalen Wettbewerb stehen, bekommen die Zertifikate kostenfrei, damit sie wettbewerbsfähig bleiben.

# Zwei Seiten einer Medaille

**Niedriglohnsektor.** Ohne geringbezahlte Jobs liefe der Arbeitsmarkt in Deutschland längst nicht so gut. Vor allem Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung können dadurch wieder hoffen, einen Job zu finden.

Die Nachricht, dass Deutschland nach Litauen den größten Niedriglohnsektor (Kasten) aller EU-Länder aufweist, sorgt vielerorts für Unmut. Die Unternehmen würden sich durch Lohndumping bereichern und die Allgemeinheit in Form von aufgestocktem Arbeitslosengeld II dafür zahlen lassen, heißt es.

Dabei wird jedoch verschwiegen, dass die Expansion der Niedriglohnbeschäftigung mit einer höheren Erwerbstätigkeit insgesamt einhergeht. Und das geht nicht zulasten der Hochlohnbeschäftigung, denn die ist ebenfalls gestiegen (Grafik).

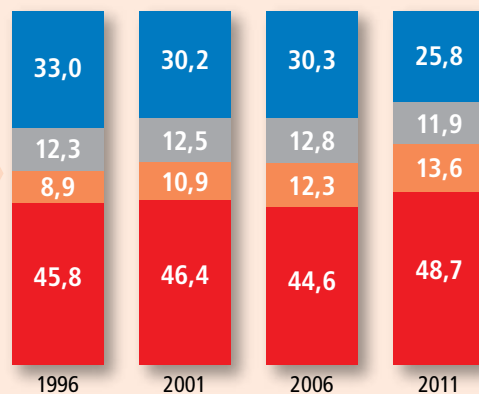
Zurückgegangen ist dagegen der Anteil jener Personen, die zuvor nicht gearbeitet haben.

## Mehr Normalverdiener

So viel Prozent der 15- bis 64-Jährigen waren ...

- Inaktive
- Sonstige Erwerbstätige
- Geringverdiener
- Normalverdiener

Sonstige Erwerbstätige: Selbstständige, Auszubildende und Erwerbstätige ohne sinnvolle Angabe zum Stundenlohn; Inaktive: Schüler, Studenten, Rentner, Nichterwerbstätige, Arbeitslose; IW-Berechnungen auf Basis der Daten des SOEP; Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwvd 36

Insbesondere Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die sich sonst auf dem Arbeitsmarkt schwertun, können nunmehr integriert werden. Ihre Arbeitslosenquote betrug in Krisenzeiten bis zu 27 Prozent.

**Inzwischen haben 57 Prozent der Geringqualifizierten einen Job, im Jahr 1999 waren es nur 51 Prozent. Ohne Niedriglohnsektor wäre dieser Sprung nicht möglich gewesen.**

Oft wird darauf hingewiesen, dass 80 Prozent der Niedriglohnbeschäftigten eine abgeschlossene Berufsausbildung hätten, was sich eigentlich in der Entlohnung widerspiegeln müsste. Allerdings ist für den Verdienst nicht die tatsächliche Qualifikation relevant, sondern die Qualifikation, die für die Tätigkeit erforderlich ist.

Wer aber in seinem gelernten Beruf nicht unterkommen kann, der bekommt im Niedriglohnsektor eine Chance. Denn zwei Drittel der Niedriglohnjobs setzen keine Berufsausbildung voraus oder werden von Arbeitnehmern ohne oder mit fachfremder Ausbildung ausgeübt.

## Niedriglohnbeschäftigung

Als Niedriglohnbeschäftigter gilt, wer einen Bruttostundenlohn von weniger als zwei Dritteln des mittleren Stundenlohns erhält – das waren im Jahr 2011 bundesweit 8,97 Euro. Dabei bleiben Selbstständige, Auszubildende und andere Personen ohne oder mit unplausiblen Angaben zum Stundenlohn außen vor. Als Datenquelle dient das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine jährliche Befragung von circa 20.000 Personen.

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwvd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/ Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.